

Unrechtsstaat DDR

Im 65. Jahr der Gründung von BRD und DDR sowie gut zwei Wochen vor dem Beitritt der DDR zur BRD vor 24 Jahren, errang die Partei **DIE LINKE** bei den Landtagswahlen in Thüringen mit 28,2 % ein respektables Resultat. Das sind 14,6% aller Wahlberechtigten, aber absolut 23.000 Stimmen weniger als 2009 sowie der Verlust von 16.000 ehemaligen Wählern an die AfD. Im Sondierungsgespräch mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 23. September 2014 erklärte auch die Spitze der Linkspartei: „... die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat.“ Eine notwendige Aufarbeitung der Geschichte beider deutscher Staaten wird vermieden. Der tiefe Gegensatz von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie ist scheinbar nicht existent. Die historische Situation, das Verhältnis beider deutscher Staaten untereinander sowie die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, bleiben unbeachtet. Damit steht die Führung der thüringischen **LINKEN** an vorderster Front der DDR-Verdammer. Die DDR gehört in das „Reich des Bösen“. Das suggeriert: „Nie wieder Sozialismus“. Der Führung der LINKEN in Thüringen obliegt zu erklären, warum der „Unrechtsstaat“ DDR;

- eine international anerkannte Friedenspolitik betrieb, zeitweise Sitz und Stimme im UN-Sicherheitsrat besaß und im Gegensatz zur BRD keine Kriege führte;
- soziale Sicherheit als zentrales Gut eines menschenwürdigen Lebens allen Bürgern garantierte. In der DDR gab es keine 4,4 Millionen Hartz IV-Empfänger und 2,9 Millionen **offizielle** Arbeitslose wie in der heutigen BRD. 24 Jahre nach der deutschen Einheit gibt es immer noch eine Renten- und Lohnregion Ost;
- seinen Menschen freien Zugang zu Bildung und Kultur unabhängig vom Geldbeutel gewährte;
- konsequenter Antifaschismus Staatsdoktrin war. Nach 1945 wurden in der sowjetischen Besatzungszone 3 Millionen Mitglieder bzw. Anhänger der NSDAP ihrer Ämter enthoben. Viele verwandten dies nicht und treten bis heute gegen die DDR an. Für die DDR war es undenkbar, dass ein Faschist, wie der Hitler-Nachfolger Dönitz in der BRD bis zu seinem Tode eine Großadmiralsrente erhielt.

Nicht nur in der DDR gab es Einschränkungen für politisch missliebige Bürger und ihre teilweise Verfolgung. Das Verbot der KPD in der BRD, die Notstandsgesetzgebung und Berufsverbote unter Willy Brandt (SPD) dürfen nicht einfach ausgeblendet werden. Natürlich gehören zur Wahrheit über die DDR genauso ihre Mängel und Unzulänglichkeiten, wie das Demokratiedefizit, die fehlende Presse-, Rede- und Reisefreiheit, die ein kapitalistischer Staat sich leistet, solange er sattelfest regiert wird. Das Warenangebot war geringer u.a.m.

Trotz aller Schwächen und politischen Probleme in der DDR, der Begriff „Unrechtsstaat“ ist ein Kampfbegriff des Kapitals gegen den Sozialismus. Für **LINKE** nicht akzeptabel.

Wilfried Schubert